

Inhaltsverzeichnis

1. DSM	
2. European Chemical Industry Council	
3. EuropaBio	
4. International Life Sciences Institute	
5. Public Private Partnership	

DSM

Das niederländische Unternehmen Koninklijke DSM N.V. (englische Bezeichnung: Royal DSM N.V.), abgekürzt **DSM**, ist ein international tätiger Konzern, der sich im Bereich "Life Science" und "Materials Sciences" betätigt. Das Unternehmen ist einer der weltweit führenden Hersteller von Vitaminen.^[1]

DSM kämpft nach Recherchen von ZEIT ONLINE auf europäischer Ebene gegen das Verbot von Vitaminwerbung auf ungesunden Lebensmitteln.^[2] Eine besondere Rolle spielt in diesem Zusammenhang die **Gesellschaft zur Information über Vitalstoffe und Ernährung** e.V. (GIVE e.V.), zu der sich DSM und weitere fünf Hersteller von Vitaminen zusammengeschlossen haben.

Koninklijke DSM N.V. (englische Bezeichnung: Royal DSM N.V.)

[[Bild:<datei>|center]]

Branche	"Life Science" und "Materials Sciences"
Hauptsitz	Het Overloon, 1, 6401 JH Heerlen/Niederlande
Lobbybüro Deutschland	<text>
Lobbybüro EU	<text>
Webadresse	www.dsm.com

Inhaltsverzeichnis

1 Lobbystrategien und Einfluss	2
2 Fallbeispiele und Kritik	3
2.1 Kampf gegen das Verbot von Vitaminwerbung auf ungesunden Lebensmitteln	3
3 Struktur, Geschäftsfelder und Finanzen	3
3.1 Vorstand (Managing Board)	3
3.2 Aufsichtsrat (Supervisory Board)	4
4 Mitgliedschaften	4
5 Kooperationen	4
6 Geschichte	4
7 Weiterführende Informationen	4
8 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	4
9 Einzelnachweise	4

Lobbystrategien und Einfluss

Cheflobbyistin in Brüssel ist:

- Sabine Seggelke, Director Global Nutrition Policy & Government relations^[3],

Fallbeispiele und Kritik

Kampf gegen das Verbot von Vitaminwerbung auf ungesunden Lebensmitteln

DSM kämpft nach Recherchen von ZEIT ONLINE auf europäischer Ebene gegen das Verbot von Vitaminwerbung auf ungesunden Lebensmitteln.^[4]

Zu den offenen Aktivitäten gehören laut ZEIT ONLINE:

- Informationsseite www.nutri-facts.org, die von DSM betrieben wird
- Veröffentlichung von Büchern und Studien, in denen die Wirkung künstlicher Vitamine positiv dargestellt wird
- Finanzierung von Konferenzen und Fachtagungen über den vermeintlichen Vitaminmangel in westlichen Ländern

ZEIT ONLINE weist weiterhin auf die folgenden verdeckten Aktivitäten hin:

- DSM finanziert die [Gesellschaft zur Information über Vitalstoffe und Ernährung](#) e.V. (GIVE), in der sich sechs Hersteller von Vitaminen zusammengeschlossen haben (neben DSM u.a. [Pfizer Consumer Healthcare GmbH](#), [Hermes Arzneimittel GmbH](#) und [Merz Consumer Care GmbH](#)). Anna-Maria Stiefel, Global Business Managerin bei DSM Nutritional Products Europe Ltd., ist Mitglied des Vorstands von GIVE e.V.^[5] Laut ZEIT ONLINE erhält eine PR-Agentur mehr als 180.000 Euro jährlich dafür, in Medien Themen über die Heilkraft der Vitamine unterzubringen und auf dem eigenen Portal Stimmung für Vitamine als Nahrungsergänzung zu machen. Der Lobbyverein tarne sich als wissenschaftliche, unabhängige Informationszentrale und liefere Redaktionen ausgesuchte Experten als Interviewpartner (Beispiele: "ARD-Morgenmagazin" und Zeitschrift "Guter Rat").
- DSM ist Mitglied in der [Gesellschaft für angewandte Vitaminforschung](#) e.V. (GVF)
- DSM betreibt die Ernährungs-Denkfabrik [Sight and Life](#), die auch die Vereinten Nationen berät^[6]
- DSM hat weltweit 25 firmeneigene Forscher an Universitäten platziert.^[7] Zudem wird die wissenschaftliche Arbeit auch deutscher Professoren zum Thema Vitamine auch finanziell unterstützt.

Struktur, Geschäftsfelder und Finanzen

Die Konzernzentrale hat ihren Sitz in den Niederlanden. In Deutschland ist DSM über die DSM Nutritional Products GmbH, Grenzach-Wyhlen, vertreten.

Vorstand (Managing Board)

Die Mitglieder sind [hier](#) abrufbar.

CEO & Chairman:

- Feike Sijbesma

Aufsichtsrat (Supervisory Board)

Die Mitglieder sind [hier](#) abrufbar.

Mitgliedschaften

- [European Chemical Industry Council](#) (Cefic)
- [EuropaBio](#) (European Association for Bioindustries)
- [International Life Sciences Institute](#)
- [SusChem](#) (European Technology Platform for Sustainable Chemistry)
- [FEFANA](#) (EU Association of Speciality Feed Ingredients and their Mixtures)
- [ELC](#) (Federation of European Specialty Food Ingredient Industries)
- [Food Supplements Europe](#) (FSE)

Kooperationen

- Das "Biotechnology based Ecologically Balanced Sustainable Industrial Consortium" (BE-Basic Foundation) ist eine internationale [Public Private Partnership](#), die industrielle biobasierte Lösungen für eine nachhaltige Gesellschaft entwickelt.^[8] Partner sind Unternehmen, Institute und Universitäten (darunter das Karlsruher Institute of Technology).^[9]
- Zusammenarbeit mit der "East China University of Science and Technology" (ECUST)
- Das "Chemelot InSciTe"-Projekt ist eine Kooperation, an der sich neben DSM die Technische Universität Eindhoven, die Maastricht University und das Academic Hospital Maastricht beteiligen.^[10]
- Zusammenarbeit mit der "Solliance", einer Forschungs- und Entwicklungskooperation im Solarbereich, an dem diverse Institute und das Forschungszentrum Jülich beteiligt sind.^[11]
- Unterstützung der TU Delf bei der Entwicklung von Solar-Autos^[12]

Geschichte

Weiterführende Informationen

- ...

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Twitter

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Vitamins](#), dsm.com, abgerufen am 22.04.2016
2. ↑ [Christian Fuchs: Lobbyismus Vitamin L, ZEIT ONLINE vom 21. April 2016](#), abgerufen am 22.04.2016
3. ↑ [Royal DSM Transparenz-Register der EU](#), abgerufen am 22.04.2016

4. ↑ Christian Fuchs: Lobbyismus Vitamin L, ZEIT ONLINE vom 21. April 2016, abgerufen am 22.04.2016
5. ↑ Vorstand GIVE e.V., give-ev, abgerufen am 23.04. 2016
6. ↑ Press Release Kaiseraugst, 9 th Febrary 2012, dsm.com, abgerufen am 23.04. 2016
7. ↑ DSM R&D Factsheet March 2016, dsm.com, abgerufen am 23.04. 2016
8. ↑ About BE-Basic, be-basic.org, abgerufen am 23. 04. 2016
9. ↑ BE-Basic Foundations partners, be-basic.org, abgerufen am 23. 04. 2016
10. ↑ Chemelot InSciTe, dsm.com, abgerufen am 23.04.2016
11. ↑ Sooliance, dsm.com, abgerufen am 23.04.2016
12. ↑ Nuna8: Building the winner, dsm.com, abgerufen am 23.04.2016

European Chemical Industry Council

Der **European Chemical Industry Council** (Cefic) ist der einflussreiche Verband der europäischen Chemieindustrie. Unter seinen 670 Mitgliedern finden sich große Konzerne wie **Bayer** und **BP** sowie nationale Wirtschaftsverbände wie der deutsche **Verband der Chemischen Industrie** (VCI). 2017 gab CEFIC laut EU-Transparenzregister 12,3 Mio. € für Lobbyarbeit in Brüssel aus.^[1] Damit ist er finanzstärkster Lobbyverband in Brüssel.^[2]

European Chemical Industry Council (Cefic)



Rechtsform

Tätigkeitsbereich Lobbytätigkeit für die europäische Chemieindustrie

Gründungsdatum 1972

Hauptsitz Avenue E. van Nieuwenhuysse, 4 box 1, B-1160 Brüssel

Lobbybüro

Lobbybüro

EU

Webadresse www.cefic.org

Inhaltsverzeichnis

1 Lobbystrategien und Einfluss	6
1.1 Ausgaben für Lobbyarbeit	6
2 Fallbeispiele	7
2.1 Lobbyeinfluss auf Plastik-Strategie der EU Kommission	7
2.2 Better Regulation 2015	8
2.3 Lobbyarbeit gegen die Regulierung von endokrinen Disruptoren	8
2.4 Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP)	10
2.5 Einfluss auf die TTIP-Verhandlungen	10
2.6 EU-Chemikalienverordnung REACH	11
2.7 Lobbyarbeit für Glyphosat	12

3 Organisationsstruktur und Führungspersonal	12
3.1 Mitglieder	12
3.2 Führungspersonal	12
4 Verbindungen	13
4.1 Knowledge4Innovation	13
4.2 Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA)	13
4.3 Alliance for a Competitive European Industry	13
5 Geschichte	13
6 Zitate	13
7 Einzelnachweise	13

Lobbystrategien und Einfluss

CEFIC betreibt Lobbyarbeit auf europäischer Ebene gegenüber **EU-Kommission**, **EU-Parlament**; er ist in über 90 Arbeitszusammenhängen der EU-Kommission und anderen EU-Institutionen eingebunden, etwa in **Expertengruppen** (35) und anderen beratenden Gremien.^[3] Es liegt nahe, dass CEFIC auch versucht, Einfluss auf den Europäischen Rat und die Ständigen Vertretungen der Mitgliedsstaaten zu nehmen - darüber liegen aber leider aufgrund der mangelnden Transparenzregulierungen keine Daten vor. CEFIC vertritt nicht nur die unmittelbaren Interessen der Branche, sondern beschäftigt sich auch mit Fragen der Gesundheits-, Energie-, Wettbewerbs-, Klima- und Umweltpolitik sowie der Lebensmittelsicherheit, die die Chemiebranche indirekt auch betreffen.

CEFIC betreibt seine Lobbyarbeit in enger Abstimmung mit dem **American Chemistry Council**; viele seiner Mitglieder sind in beiden Organisationen, so etwa die deutschen Chemieriesen **Bayer** und **BASF**.^[4] Bayer und BASF wiederum haben nochmal ihre eigenen Dependancen vor Ort.

Außerdem ist CEFIC Mitglied des **International Council of Chemical Associations** (ICCA), des Weltverbands der Chemieindustrie. Er hat mit weiteren Chemieverbänden (**American Chemistry Council** (ACC), Japan's Chemical Industry Association) die **CEFIC Long-range Research Initiative** (LRI) gegründet, um die Auswirkungen von Chemikalien auf die Gesundheit und die Umwelt zu untersuchen und den zuständigen EU-Instanzen zur Verfügung zu stellen.^[5] KritikerInnen, wie etwa Corporate Europe Observatory, geben zu Bedenken, dass diese Institution versucht, der Arbeit von unabhängigen Behörden mit eigenen - auf die Bedürfnisse der Industrie zugeschnittenen - Testmethoden zuvorzukommen. Bruno Hubesch, der Leiter des LRI-Programmes, formulierte es einmal so: „LRI is not science for science - it's science for policy impact.“
 “[deutsch: Das LRI ist nicht Wissenschaft für die Wissenschaft - es ist Wissenschaft für politischen Einfluss.“
^[6]

Ausgaben für Lobbyarbeit

Laut dem EU-Transparenzregister (Stand: August 2018) sind bei CEFIC mehr als 150 Personen beschäftigt.^[7] Davon sind 72 in Lobbyaktivitäten eingebunden, 7 davon haben eine Akkreditierung für das **EU-Parlament**.
^[8]

CEFIC verfügte 2017 über ein Budget von 41 Mio. €, von dem er 12,3 Mio. € für Lobbyarbeit ausgab. Die Entwicklung der Ausgaben kann der Tabelle entnommen werden:

Zeitraum	Ausgaben
	12.300.000

Zeitraum	Ausgaben
Januar - Dezember 2017	€
Januar - Dezember 2016	12.100.000 €
Januar - Dezember 2015	10.220.000 €
Januar - Dezember 2014	10.100.000 €
Oktober 2012 - September 2013	6.000.000 €
Oktober 2011 - September 2012	6.000.000 €
Oktober 2010 - September 2011	6.000.000 €
2009	4.000.000 €

Quelle: lobbyfacts.eu

CEFIC wurde 2009 aus dem freiwilligen Lobbyregister der EU geworfen, da der Verband anfangs unrealistisch niedrige Lobbyausgaben in Höhe von 50.000 € deklariert hatte, obwohl sein Gesamtbudget bei 37,9 Mio. Euro lag.^[9] Erst nachdem CEFIC diese Angabe auf 4 Mio. Euro korrigiert hatte, wurde er wieder in das Register aufgenommen.^[10]

Fallbeispiele

Lobbyeinfluss auf Plastik-Strategie der EU Kommission

2017 stieß die Europäische Kommission die Plastik-Strategie an, mit dem Ziel, dass bis 2030 alle Plastikverpackungen in der EU wiederverwendbar oder recyclebar sein sollen. Nachdem die Europäische Kommission im Januar 2017 die Roadmap „Strategy on Plastics in a Circular Economy“ (zu deutsch: Strategie zu Plastik in einer Kreislaufwirtschaft“) veröffentlicht hatte, setzten sich die Interessengruppen der Plastikindustrie, darunter auch CEFIC, bis zur Veröffentlichung der finalen Strategie 12 Monate später intensiv für eine Gestaltung der Plastik-Vorgaben in ihrem Sinne ein. Im Zeitraum vom 1. Januar 2017 bis zum 1. Januar 2018, trafen sich Vertreter der beiden involvierten Generaldirektionen Umwelt und Wachstum 44 Mal mit Interessensgruppen zur Plastik-Strategie. 89% davon (39 Treffen) fanden mit Industrievertretern statt. CEFIC hatte als eine der finanzstärksten Lobbygruppen im Jahr 2017 alleine 5 Treffen mit der Kommission – nur zur Plastikstrategie.^[11] CEFIC arbeitet dabei auch eng mit PlasticsEurope zusammen, sie haben ihre Büros im gleichen Gebäude^[12]. PlasticsEurope traf sich insgesamt 13 Mal mit der Kommission. Die Kommission ging mit der Strategie proaktiv auf Lobbygruppen der Plastik-Industrie zu – mit dem Ziel, freiwillige Selbstverpflichtungen der Konzerne einholen zu können, eines der Kernelemente der Strategie.^[13],^[14] Sie konnte aber bisher keine ausreichenden Ergebnisse erzielen. Die Industrie blieb mit ihren Zugeständnissen häufig weit hinter den Vorstellungen der Kommission zurück^[15]. In der freiwilligen Verpflichtung, die PlasticsEurope veröffentlichte, ist nur noch von 60% recyclebarem oder verwertbarem Plastik bis 2030 die Rede, die vollständige Umstellung siedelt PlasticsEurope dabei im Jahre 2040 an. Mit

„Verwertung“ ist hier allerdings Energieverwertung, also Verbrennung, gemeint. KritikerInnen bewerten dieses Verfahren als Gefahr für Umwelt und Gesundheit. ^[16] Sie bedauern auch, dass in der freiwilligen Verpflichtung keinerlei verbindliche Handlungspläne und Zusagen zu finden sind. Das zweite Ziel der Kommission war es, dass bis 2025 10 Millionen Tonnen an recyceltem Plastik in neuen Produkten wiederverwendet werden. Auch dazu forderte sie die Industrie zu Vorschlägen auf, die bislang nur unzureichend Anwendung finden.

Im Mai 2018 verabschiedete die EU ein Verbot von Einweg-Plastik, was allerdings noch auf nationaler Ebene legislativ umgesetzt werden muss. Zuvor geleakte Dokumente zu dem Gesetzesvorhaben kommentierte **Business Europe**, eine Lobbyorganisation, die wie CEFIC sehr einflussreich ist, wie folgt: “We are concerned about some very far-reaching proposals ... Rather than a ban, it is better to focus on the current voluntary pledging campaign to make plastics more circular” [deutsche Übersetzung: Wir sind besorgt über einige sehr weitreichende Vorschläge. Besser als ein Verbot ist es, sich auf die aktuell laufende Kampagne zur freiwilligen Selbstverpflichtung zu konzentrieren, um Plastik wiederverwertbar zu machen].

Better Regulation 2015

Ebenso wie **BusinessEurope** unterstützt CEFIC die Better Regulation-Agenda. ^[17] Derzeit tritt CEFIC für eine Erweiterung der – zu deutsch – besseren Rechtssetzung ein.

Was aber verbirgt sich hinter der „besseren Rechtssetzung“? Mit dem Ziel, bürokratischen Aufwand zu vermeiden, wurden zwei neue **ExpertInnengremien** geschaffen. In diesen werden neue Gesetze auf ihre „bürokratische Last“ geprüft. Schon die Grundannahme ist fragwürdig: Demnach werden staatliche Regulierungen – das umfasst beispielsweise auch Gesetzgebung zum Umwelt- und Verbraucherschutz – als „Last“ verstanden. Dabei werden oft sie im Interesse des Allgemeinwohls erlassen. In der Theorie können über diese sogenannte REFIT Plattform sowohl zivilgesellschaftliche als auch privatwirtschaftliche Akteure über die Umsetzbarkeit von Gesetzen urteilen. In der Praxis aber werden in den Folgenabschätzungen vor allem die quantitativen Kosten für Unternehmen beurteilt, denn die privatwirtschaftlichen Akteure können sich deutlich offensiver an der Beurteilung beteiligen. Erschwerend kommt hinzu, dass mit der neuen Agenda der besseren Rechtssetzung Lobbyverbände bereits im Vorfeld zu neuen Gesetzgebungsprozessen Vorschläge zur Minimierung kostenintensiver Regulationen einreichen können, die Parlament und Rat gleichermaßen berücksichtigen sollen. Lobbyisten werden also frühzeitig über neue Gesetzesvorhaben informiert und können so leichter Kampagnen in ihrem Sinne durchführen. Der neu eingerichtete Ausschuss für Regulierungskontrolle, RSB, hat sogar noch größere Eingriffsmöglichkeiten: Das Parlament muss im Zuge der Better Regulation zu jedem Gesetzesentwurf eine Folgenabschätzung durchführen und vom RSB genehmigen lassen, einem Gremium, das keiner demokratischen Kontrolle unterliegt. Diese besondere Rücksichtnahme auf etwaige Kosten für Privatunternehmen erhält, so KritikerInnen, damit einen unverhältnismäßig hohen Stellenwert und gibt Lobbyisten die Möglichkeit, unliebsame Kosten - zum Beispiel für Umweltschutzmaßnahmen - zu vermeiden. Denn: Verbraucher-, Arbeits- und Umweltschutz sind nicht explizit als Kostenfaktoren ausgenommen. ^[18] Während die EU-Kommission diese Agenda als Maßnahme darstellt, um Gesetzgebung offener und transparenter zu gestalten, ^[19] kommen die neuen Regelungen vor allem etablierten Wirtschaftslobbyisten wie beispielsweise auch CEFIC zu Gute.

Lobbyarbeit gegen die Regulierung von endokrinen Disruptoren

Hormonaktive Substanzen (oder endokrine Disruptoren) stecken in tausenden Alltagsprodukten – von Plastik bis zu Kosmetika. Sie haben die Eigenschaft, das hormonelle System von Organismen zu beeinflussen, weshalb sie höchstwahrscheinlich ernstzunehmende Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit haben. Die EU-Gesetzgebung hat auf diese Stoffe reagiert.

Mit der Überarbeitung des europäischen Pestizid- und Biozidrechts von 2009-2012 wurde gesetzlich verankert, dass Wirkstoffe mit endokrin wirksamen Eigenschaften, die schädliche Auswirkungen auf den Menschen bzw. schwerwiegende Auswirkungen auf die Umwelt haben können, von der zukünftigen Verwendung auszuschließen bzw. nur noch bei spezifischen Ausnahmefällen einzusetzen sind. Allerdings fehlte bis dato ein von allen Seiten anerkanntes Verfahren zur Bestimmung von endokrin wirksamen Substanzen. ^[20]

Die konkrete Regulierung dazu musste noch durch die Kommission ausformuliert werden. Die Kommission war zwar bis zum 14. Dezember 2013 dazu verpflichtet, diese zu erlassen – aber massive Lobbykampagnen zogen diesen Prozess in die Länge. Außerordentlich viel Einsatz gegen diese Regulierungen zeigten vor allem die Lobbyverbände CEFIC und ECPA sowie die Unternehmen Bayer und BASF. 2015 urteilte der Europäische Gerichtshof, dass die Kommission zu lange untätig war und dadurch EU-Gesetz missachtet hatte. Daraufhin kündigte die Kommission endlich an, die Kriterien, nach denen endokrine Substanzen festzulegen sind, zu veröffentlichen.

Am 4. Juli 2017 einigten sich die EU-Mitgliedsstaaten dann auf eine Liste an Kriterien, die auf einem Vorschlag der Generaldirektion für Gesundheit und Ernährungssicherheit (DG SANTE) basierte. Drei Forschungsgesellschaften zur Endokrinologie hatten den Vorschlag zuvor scharf kritisiert und bemängelt, dass er die öffentliche Gesundheit nicht wirksam schützen könne. KritikerInnen schätzten die neuen Kriterien zur Bestimmung von endokrinen Substanzen als zu weich ein und beanstandeten, dass Substanzen, die eigens endokrin entwickelt worden sind – wie zum Beispiel einige Pestizide – nicht darunter fallen. Warum hat der Prozess aber so lange gedauert und wie konnte es zu diesem umstrittenen Vorschlag kommen?

Eigentlich hatte zu Beginn die Generaldirektion Umwelt den Auftrag, Vorschläge zu erarbeiten. Sie hatte bereits anerkannte ExpertInnen des Gebiets zu Rate gezogen, unter anderem Professor Andreas Kortenkamp ^[21]. Bevor dieser Vorschlag allerdings veröffentlicht werden konnte, erreichten LobbyistInnen, dass er (vor Veröffentlichung!) einer Folgenabschätzung unterzogen werden musste – was den Prozess sehr in die Länge zog. Daraufhin schaltete sich die Generaldirektion Gesundheit und Ernährungssicherheit ein und fragte ein Gutachten der European Food Safety Authority, kurz EFSA, an. 8 der 18 Mitglieder der Arbeitsgruppe der EFSA hatten, wie sich später herausstellte, einen Interessenskonflikt, einer hatte Verbindungen zu CEFIC. ^[22] Zeitgleich veröffentlichte die WHO einen Bericht, indem sie eindringlich vor endokrinen Disruptoren warnte. Die Juncker-Kommission übertrug die Entwicklung der Kriterien offiziell auf die Generaldirektion Gesundheit und Ernährungssicherheit. Später kamen E-Mails ans Licht, aus denen hervorging, dass auch die Ergebnisse der Arbeitsgruppe schon von vornherein festgestanden hatten. Die Industrielobby startete eine Kampagne, indem sie eine wissenschaftliche Kontroverse konstruierte. WissenschaftlerInnen, die Verbindungen in die Industrielobby hatten, stellten die Erkenntnisse unabhängiger WissenschaftlerInnen in Frage. ^[23] Eine Gruppe der vernetzten ForscherInnen traf sich sogar mit einem EU-Kommissar – wie sich später herausstellte, wurde der Besuch von dem European Risk Forum, einer Denkfabrik, die von der Tabaklobby initiiert wurde und unter anderem auch von CEFIC mitfinanziert wird, bezahlt. Unter den WissenschaftlerInnen, die als Gegenöffentlichkeit zu den unabhängigen WissenschaftlerInnen in Sachen endokrine Disruptoren auftraten, befanden sich drei, die bereits zu Glyphosat ein von Monsanto bezahltes, positives Gutachten erstellt hatten: Helmut Greim, Colin Berry und Alan Boobis. ^[24]

Während der TTIP-Verhandlungen erhöhte sich der Druck gegen die Regulierung endokriner Disruptoren erneut. Die [AmCham EU](#) forderte explizit von der Kommission, keine Kriterien zur Regulierung zu beschließen. ^[25] Bei den Gesprächen stilisierte die Industrielobby die Regulierungen zu den endokrinen Diskruptionen sogar zu „potenziellen Handelshemnissen“ - was besonders vor dem Hintergrund von Investitions-Schiedsgerichten, wie sie in TTIP angedacht waren, folgenreich ist.

Der Vorschlag, den die Kommission 2016 präsentierte, wurde von unabhängiger, wissenschaftlicher Seite scharf kritisiert. ^[26] Einen Monat nach Veröffentlichung des Vorschlags erhielt der damalige Kommissar für Gesundheit Andriukaitis einen Besuch von den Botschaftern der Vereinigten Staaten, Kanadas, Brasiliens, Urugays und Argentinien - spezifisch zum Thema endokrine Disruptoren. Kurze Zeit später, im Dezember 2016 strebte die Kommission eine Veränderung der Ausnahmeregelung in der Pestizidverordnung an. Die Kriterien für die Ausnahmeregelungen wurden weiter gesteckt. Dies führte zu heftigen Diskussionen und auch zu Konflikten zwischen Parlament und Kommission. Denn die Veränderungen der Ausnahmeregelungen gingen so weit, dass das Parlament der Kommission vorwarf, das Gesetz im Wesensgehalt verändern zu wollen, statt es nur durchzusetzen. Das darf die Kommission als Exekutivorgan allerdings nicht. Daraufhin entfernte die Kommission dieses Schlupfloch aus ihrem Vorschlag - führte aber ein anderes ein, nämlich die Ausnahmeregelung für extra endokrin designte Substanzen - wie zum Beispiel Pestizide, die Ungeziefer durch hormonelle Veränderungen bekämpfen. Umweltschutz Organisationen wie CIEL oder ClientEarth kritisierten diese Regelung heftig.

Das europäische Parlament blockierte den Vorschlag der Europäischen Kommission zu den Kriterien für endokrine Disruptoren am 04.10.2017 mit 389 zu 235 Stimmen, mit 70 Enthaltungen ^[27]. Die Kommission ist nun dazu aufgefordert, zeitnah einen neuen Vorschlag vorzulegen.

Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP)

CEFIC konnte die Verhandlungen über das [Freihandelsabkommen TTIP](#) nachhaltig beeinflussen und stimmte sich dazu eng mit seinem US-amerikanischen Gegenstück, dem [American Chemistry Council \(ACC\)](#) ab. Das langfristige Ziel ist eine Angleichung von Regulierungen und Standards in den USA und Europa. ^{[28][29]} Eine Senkung der in der EU durch die Chemie-Richtlinie REACH eingeführten Standards scheint möglich, sollte nach Inkrafttreten des TTIP-Vertrags die [regulatorische Kooperation](#) nach den Vorstellungen von CEFIC eingeführt werden. Diese Sichtweise wird gestützt durch ein durchgesickertes Dokument (engl. Leak) der TTIP-Verhandlungsrunde vom Dezember 2013, das von ClientEarth und CIEL ausgewertet wurde. Danach würden die Vorschläge des European Chemical Industry Council und des [American Chemistry Council](#) den Schutz der Verbraucher und der Umwelt vor giftigen Chemikalien verschlechtern. Der Fortschritt bei der Regulierung von solchen Chemikalien käme zum Stillstand, wirtschaftlichen Interessen würde Vorrang vor gesundheitlichen und Umweltaspekten eingeräumt. Die Regulierung würde weniger transparent und weniger demokratisch ausgestaltet. So soll die Koordinierung und Harmonisierung von Regulierungen einem parlamentsfernen "Cooperation Committee" übertragen werden, das aus Vertretern von EU- und US-Regulierungsbehörden für die Chemische Industrie bestehen soll. ^[30]

Einfluss auf die TTIP-Verhandlungen

Gleich zu Beginn der Verhandlungen ermöglichte die EU-Kommission dem CEFIC, eigene Vorschläge einzureichen und räumte ihm einen besonderen Zugang zu den Verhandlungen ein, konkret in Form eines engen Kontakts zur Generaldirektion Handel (im Folgenden GD Handel abgekürzt). ^[31] Während der ersten zwei Jahre der TTIP-Verhandlungen hatte der CEFIC 16 zum Teil intensive Lobby-Kontakte mit Vertretern der

EU-Kommission; der ACC bekam auf weitere drei Treffen.^[32] Dabei halfen Vertreter der GD Handel sogar, die richtigen Ansprechpartner in der EU-Diplomatie für einzelne Lobby-Ziele zu finden (etwa in der *High Level Working Group on Jobs and Growth*).^[33] Auch in einer zweiten Phase 2013/4 stimmten sich Verantwortliche der GD Handel eng mit dem CEFIC ab, um die Texte für die Verhandlungsrunden auszuwählen.^[34]

Im November 2014 begann die Amtszeit der neuen, von **Jean-Claude Juncker** geführten EU-Kommission. Es gab weiterhin regelmäßige Treffen mit CEFIC. Von fünf dieser Treffen gibt es nicht einmal Protokolle, so dass die Gesprächsinhalte verborgen bleiben.^[35] In dieser Phase verfolgte der CEFIC das Ziel, die REACH-Verordnung weiter abzuschwächen^[36] und die regulatorische Kooperation einzuführen^[37]. Geschäftsführer Mandery stellte im Mai 2015 öffentlich fest, dass die Vorschläge von CEFIC weitgehend übernommen worden sind.^[38] Diese Einschätzung wird intern von Vertretern der EU-Kommission geteilt.^[39]

EU-Chemikalienverordnung REACH

Von 1999 bis Juni 2007 wurde über die Richtlinie REACH (Registration, Evaluation, Authorisation and Restriction of Chemicals) verhandelt und beraten. Die Verhandlungen über die Schaffung von gesamteuropäischen Regeln in Bezug auf Chemikalien waren die "möglicherweise größte Lobby-Schlacht der EU-Geschichte".^[40] Die ursprünglich ambitionierten Ziele der EU-Kommission wurden aufgrund der Lobbyarbeit der europäischen Chemieindustrie stark eingeschränkt und die Pflicht zum Ersatz gefährlicher Stoffe aufgehoben.^[41] Ein Hebel in der Argumentation seitens der chemischen Industrie war die sogenannte Folgenabschätzung, die oft auf Vorhersagen beruht - und eben nicht auf einer breiten Datenbasis. Hierbei werden Gesetzesinitiativen, bevor sie in den gewählten Parlamenten besprochen werden, nach den Auswirkungen auf den Handel beurteilt. Wer den möglichen Nutzen eines Gesetzes für den Schutz der Umwelt und der Gesundheit relativieren will, kann die finanziellen Belastungen übertrieben darstellen. Diese Strategie wurde im Fall der EU-Chemikalienverordnung angewendet. Ursprünglich zielte REACH darauf ab, die rund 100.000 in Europa hergestellten und verwendeten Chemikalien auf ihre Gesundheits- und Umweltverträglichkeit hin zu testen und gefährliche Substanzen durch weniger gefährliche zu ersetzen. Die Gesetzesinitiative stieß bei der europäischen Chemieindustrie auf vehementen Widerstand. Als wirksamste Waffe im Kampf gegen die geplante Regulierung erwiesen sich mehrere Szenarien, die eine „Deindustrialisierung Europas“ an die Wand malten. Dazu wurde unter anderem in großflächigen Zeitungsanzeigen die Angst vor Arbeitsplatzverlusten geschürt.^[42] Die verantwortlichen EU-Politiker ließen sich von der Vorhersage millionenfacher Arbeitsplatzverluste so sehr verunsichern, dass sie den Geltungsbereich der Chemikalienverordnung stark einschränkten und die Pflicht zur Substitution gefährlicher Stoffe aufhoben.^{[43][44][45]}

CEFIC spielte in dieser jahrelangen Lobbykampagne eine zentrale Rolle. Es lassen sich mehrere Phasen ihrer Tätigkeit unterscheiden: zunächst versuchte der Verband, die chemische Industrie als Partner bei Problemlösungen erscheinen zu lassen; dann wurde der Ton in der Auseinandersetzung verschärft und der Verband trat als strikter Gegner von REACH auf. In dieser Zeit wurden einige Studien lanciert, die der oben skizzierten Strategie entsprachen.^[46]

Lobbyarbeit für Glyphosat

Überraschenderweise vertritt CEFIC sein Mitglied [Bayer](#) nicht direkt im Falle Glyphosat. Bayer ist Mitglied in mehreren Lobbyverbänden, auch in CEFIC. Für die Problematik rund um die umstrittene Chemikalie wurde eigens eine Glyphosat-Task Force ins Leben gerufen – unter Leitung der Anwaltskanzlei [Hume Brophy](#). Diese Gruppe organisiert Kampagnen für die Neuzulassung von Glyphosat in Herbiziden, obwohl die Agentur für Krebsforschung der Weltgesundheitsorganisation diese Substanz als möglicherweise krebserregend für Menschen eingestuft hat. ^[47] Monsanto's hauseigene Lobbyisten wurden als erste Lobbyisten für den Zugang zum EU-Parlament gesperrt. ^[48]

Organisationsstruktur und Führungspersonal

Mitglieder

Der Verband hat 492 Mitglieder (Stand August 2018) und 113 Partner. Diese werden in die folgenden Gruppen unterteilt:

- Corporate Members (ACOM) sind Unternehmen mit einem Produktionsstandort in Europa und einem weltweiten Chemieumsatz von über 1 Mrd. Euro. Zu den Corporate Members gehören 71 Unternehmen, u. a. die deutschen Unternehmen [BASF](#), [Bayer](#), [Lanxess](#) und [Merck](#).
- Federation Members (AFEM) sind europäische Verbände der Chemieindustrie (19). Zu ihnen gehört u. a. der [Verband der Chemischen Industrie](#) (VCI)
- Business Members (ABM) sind Unternehmen mit einem Produktionsstandort in Europa, die nicht nur chemische Erzeugnisse herstellen, mit einem weltweiten Chemieumsatz von unter 1 Mrd. Euro. Zu den Business Members gehört insgesamt 402 Unternehmen u. a. Stockmeier Chemie
- Associated Companies sind außereuropäische Chemieunternehmen (39). Zu ihnen gehören z. B. Halliburton
- Partner Associations sind europäische Verbände (21), die nur einen Sektor der chemischen Industrie vertreten. Zu ihnen zählt z. B. die [European Crop Protection Association](#) (ECPA)
- Partner Companies sind europäische Unternehmen, die eng mit der europäischen chemischen Industrie zusammenarbeiten (53). Zu ihnen gehört z. B. [Südzucker](#) ^[49]

Führungspersonal

Die Mitglieder des **Cefic Board and Executive Committee** sind [hier](#) abrufbar. Zu ihnen gehört unter anderem Saori Dubourg - Vorstandsmitglied von [BASF](#). Ihr Präsident ist Daniele Ferrari, gleichzeitig geschäftsführendes Vorstandsmitglied von Versalis, Vorstandsmitglied von Matrìca, Präsident von PlasticsEurope und Vizepräsident von Federchimica.

Generaldirektor

- [Marco Mensink](#) (ab Mai 2016, Nachfolger von [Hubert Mandery](#))

Dauerhaft mit **EU-Beziehungen** beauftragte Person:

- [Vincent Navez](#), Executive Director Legal Affairs

(Stand: August 2018)

Verbindungen

Knowledge4Innovation

CEIFIC ist Mitglied von [Knowledge4Innovation](#), einer branchenübergreifenden europäischen Lobbyorganisation.

Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA)

CEIFIC gehörte zu den Mitgliedern der EFSA STAKEHOLDER CONSULTATIVE PLATFORM 2009 - 2012^[50], einer Konsultationsplattform für Interessengruppen der EFSA, und der EFSA Stakeholder Consultative Platform Discussion Group on Process Transparency and Information Access.^[51]

Alliance for a Competitive European Industry

CEIFIC gehört zu den führenden europäischen Wirtschaftsverbänden, die sich mit [BusinessEurope](#) zur [Alliance for a Competitive European Industry](#) zusammengeschlossen haben.

Geschichte

Die Abkürzung CEIFIC ist auf die ursprünglich französische Bezeichnung *Conseil Européen des Fédérations de l'Industrie Chimique* zurückzuführen.

Zitate

"Unsere Vorschläge, die von der EU-Kommission übernommen worden sind, können die regulatorische Kooperation deutlich beschleunigen, hohe Standards beibehalten und dabei effiziente Regeln erreichen. (im Original: Our proposals which have largely been taken over by the European Commission can boost regulatory cooperation, maintaining high standards while achieving regulatory efficiencies.)"^[52]

Der ehemalige CEIFIC-Geschäftsführer Hubert Mandery im Mai 2015 über den Einfluss seines Verbandes auf die TTIP-Verhandlungen.

Einzelnachweise

- ↑ [Profil CEIFIC](#), lobbyfacts.eu, zuletzt aufgerufen am 06.08.2018
- ↑ [tagesaktuelle Auswertung](#), lobbyfacts.eu, aufgerufen am 30.11.2018
- ↑ [Profil European Chemical Industry Council](#), EU-Transparenzregister, zuletzt aufgerufen am 10.08.2018
- ↑ [Member Companies](#), Webseite des American Chemistry Councils, aufgerufen am 10.08.2018
- ↑ [LRI The Long-range Research Initiative](#), Webseite cefic-Iri, abgerufen am 22.11.2018
- ↑ [<http://cefic-iri.org/wp-content/uploads/2014/03/CW54-LRI-copy.pdf> Chemical Watch 2013, cefic-iri.org, abgerufen am 22.11.18
- ↑ [EU-Transparenzregister](#) ec.europa.eu/transparencyregister, abgerufen am 04.12.18
- ↑ [1] lobbyfacts.eu, abgerufen am 21.11.18

9. ↑ [Chemieverband fliegt aus dem Lobby-Register](#). Die Presse, 21. Juli 2009, zuletzt aufgerufen am 04.12.2018
10. ↑ [Chemieverband CEFIC wieder im EU-Lobbyregister](#) , Webseite von LobbyControl, 6. Oktober 2009, zuletzt aufgerufen am 05.12.2018
11. ↑ [Plastic Promises](#) Coporate Europe Observatory, 22.05.18, abgerufen am 22.11.18
12. ↑ [The Industry Sectors](#) cefic.org, abgerufen am 22.11.18
13. ↑ [\[2\]](#) asktheeu.org, abgerufen am 22.11.18
14. ↑ [\[3\]](#) European Commission am 16.01.2018, abgerufen am 22.11.18
15. ↑ [Voluntary Commitment](#) Plastics Europe, abgerufen am, 30.11.18
16. ↑ [Plastic Promises](#) Coporate Europe Observatory, 22.05.18, abgerufen am 22.11.18
17. ↑ [\[4\]](#), cefic.org, abgerufen am 21.11.18
18. ↑ [TTIP-Plus-Agenda zur besseren Rechtssetzung](#), LobbyControl vom 29.10.2015, abgerufen am 02.10.2018
19. ↑ [Better Regulation: Why and How](#), Europäische Kommission, abgerufen am 02.10.2018
20. ↑ [Hintergrundinformation EDCs](#), PAN Germany Januar 2016, abgerufen am 23.11.18
21. ↑ [State of art assessment of endocrine disrupters](#) European Commission, Januar 2012, abgerufen am 23.11.18
22. ↑ [Conflict of interests at EFSA – season 10](#) stephanehorel.fr, abgerufen am 23.11.18
23. ↑ [Studie: A Toxic Affair – How the chemical lobby blocked action on hormone disrupting chemicals](#) Corporate Europe Observatory, abgerufen am 23.11.18
24. ↑ [\[5\]](#) corporateeurope.org am 27.09.17, abgerufen am 23.11.18
25. ↑ [EFSA & BfR gefährden unsere Gesundheit zugunsten der Industrie!](#) lobbycontrol.de am 1.Juni 2015, abgerufen am 23.11.18
26. ↑ [Proporsal](#) European Commission, abgerufen am 23.11.18
27. ↑ [Identifying endocrine disruptors - meps block plans exempting some pesticides](#) European Parliament am 04.10.2017, abgerufen am 23.11.18
28. ↑ Offiziell an [CEO](#) freigegebene Dokumente der EU-Kommission, GestDem 2015/0763, veröffentlicht auf [asktheeu.com](#): hier Protokoll eines Treffen zwischen Maria Asenius (DG Handel) und der CEFIC Geschäftsführung am 4. Dezember 2014
29. ↑ siehe in dem Zusammenhang auch: Bode, Thilo: TTIP. Die Freihandelslüge. München 2015, S. 143 -153.
30. ↑ [, ACC-CEFIC joint proposal enhancing US-EU chemical regulatory cooperation under TTIP](#) ciel.org, Webseite abgerufen am 04.12.2018
31. ↑ Offiziell an [CEO](#) freigegebene Dokumente der EU-Kommission, GestDem 2012/2132: hier insbesondere Brief an Giorgio Squinzi (Präsident CEFIC) vom 25. Juli 2012, gesendet von Tajani and De Gucht.
32. ↑ [Datensätze als Grundlage einer Auswertung](#), (XLS), Corporate Europe Observatory, zuletzt aufgerufen am 05.12.2018
33. ↑ Offiziell an [CEO](#) freigegebene Dokumente der EU-Kommission, GestDem 2012/2132: hier Email-Verkehr zwischen Mitarbeitern der GD Handel
34. ↑ Offiziell an [CEO](#) freigegebene Dokumente der EU-Kommission, GestDem 2014-1259, hier: Batch2 Doc 27, Betreff: Report: Meeting with CEFIC – discussion of draft CEFIC/ACC proposals for TTIP. Importance: High, 11 December 2013
35. ↑ Offiziell an [CEO](#) freigegebene Dokumente der EU-Kommission, GestDem 2016/0792, veröffentlicht auf [asktheeu.com](#), hier: Korrespondenz/Treffen mit Cefic oder ACC zu TTIP seit Sept 2014, insbesondere Liste von Treffen

36. ↑ Offiziell an [CEO](#) freigegebene Dokumente der EU-Kommission, GestDem 2015/0763, veröffentlicht auf [asktheeu.com](#): Treffen von "Head of Trade Cabinet" Maria Asenius mit dem Cefic Executive Committee - 4. Dezember 2014, 12.15-13.00
37. ↑ Offiziell an [CEO](#) freigegebene Dokumente der EU-Kommission, GestDem 2016/0792, veröffentlicht auf [asktheeu.com](#): GROW Korrespondenz/Treffen CEFIC oder ACC über TTIP seit Sept 2014, insbesondere Doc 13 "Meeting Director GROW/D with CEFIC, Briefing, from EC GROW to GROW/D, 09/09/2015"
38. ↑ [Rede von Hubert Mandery vom 12 Mai 2015](#), Cefic Webseite, archiviert am 29.12.2015, zuletzt aufgerufen am 6.9.2015
39. ↑ Offiziell an [CEO](#) freigegebene Dokumente der EU-Kommission, GestDem 2016/0792, veröffentlicht auf [asktheeu.com](#): GROW Korrespondenz/Treffen CEFIC oder ACC über TTIP seit Sept 2014, insbesondere Doc 13. Meeting Director GROW/D with CEFIC, Briefing, from EC GROW to GROW/D, 09/09/2015
40. ↑ [LobbyPlanet: Das EU-Viertel Brüssel](#). LobbyControl und Corporate Europe Observatory (Hg.). Köln und Brüssel 2012, Seite 28
41. ↑ Siehe auch: Riss, Jorgo: Chemical Warfare - the lobbying battle on REACH. In: [Bursting the Brussels Bubble](#). The battle to expose corporate lobbying at the heart of the EU. Alter-EU (Hg). Brüssel 2010. Seiten 33 - 47
42. ↑ [Chemielobby macht Druck auf Bundesregierung](#), lobbycontrol.de am 30.11.2006, abgerufen am 21.11.18
43. ↑ [Lobbyismus in der EU Immer erst die Industrie fragen, Bericht von Lobbycontrol vom über die Studie eines Forscherteams der britischen Universität Bath](#), Webseite Lobbycontrol, 23. März 2010, zuletzt abgerufen am 31. August 2016
44. ↑ [Research Article: "Working the System"—British American Tobacco's Influence on the European Union Treaty and Its Implications for Policy: An Analysis of Internal Tobacco Industry Documents](#), Webseite "journals.plos.org", hier besonders "Box 2", 12. Januar 2012, zuletzt aufgerufen am 05.12.18
45. ↑ [Studie TOXIC LOBBY - How the chemicals industry is trying to kill REACH](#) (pdf), Greenpeace International, Mai 2006, zuletzt aufgerufen am 05.12.2018
46. ↑ [Bulldozing REACH - the industry offensive to crush EU chemicals regulation](#) Corporate Europe Observatory, März 2005, archiviert am 8.1.2009, zuletzt aufgerufen am 05.12.2018
47. ↑ [A match made in hell](#) Corporate Europe Observatory am 27.04.17, abgerufen am 23.11.18
48. ↑ [Monsanto banned from European Parliament](#) the Guardian am 28.09.17, abgerufen am 23.11.18
49. ↑ [Cefic Members](#), Webseite Cefic, abgerufen am 05.12.2018
50. ↑ [http:// EFSA STAKEHOLDER CONSULTATIVE PLATFORM](#)
51. ↑ [Members of EFSA Stakeholder Consultative Platform Discussion Group on Process Transparency and Information Access](#)
52. ↑ [Rede von Hubert Mandery vom 12 May 2015](#), Cefic-Internetseite, zuletzt aufgerufen am 4.12.2018

EuropaBio

EuropaBio ist der europäische Dachverband für Biotechnologie-Gentechnik-Konzerne und gehört dort zu den 3 einflussreichsten Verbänden.^[1]

EuropaBio

EuropaBio



Rechtsform Vereinigung ohne Gewinnerzielungsabsicht (VoG) nach belgischem Recht

Tätigkeitsbereich Interessenvertretung für die Gentechnik-Industrie

Gründungsdatum 1996

Hauptsitz Avenue de l'Armée 6, 1040 Brüssel

Lobbybüro

Lobbybüro EU <text>

Webadresse www.europabio.org

Inhaltsverzeichnis

1 Lobbystrategien und Einfluss	17
2 Fallbeispiele und Kritik	17
2.1 2014: EuropaBio will Europa mit Gentechnik-Gewächsen überziehen	17
2.2 2013: TTIP: Biotechnologie-Verbände fordern eine stärkere Stellung der EFSA	17
2.3 2013: Beschwerde von CEO über zu gering angegebenes Lobby-Budget	17
2.4 2011: Kampagne: Prominente Unterstützer für genmanipulierten Nahrungsmitteln - eine PR-Panne	18
2.5 2010: Astroturfing durch Farmers Biotech Network	18
3 Struktur	18
4 Mitglieder	19
5 Kurzdarstellung	20
6 Weiterführende Informationen	20
7 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	20
8 Einzelnachweise	20

Lobbystrategien und Einfluss

Fallbeispiele und Kritik

2014: EuropaBio will Europa mit Gentech-Gewächsen überziehen

Spiegel-Online liegt ein internes Papier von EuropaBio, namens "A new strategy on GM issues", vor. Es zeigt den unverhohlenen Willen der Branche, Europa mit Gentech-Gewächsen zu überziehen. EuropaBio selbst bezeichnet das Dokument als "Brainstorming"-Grundlage.

Hauptziele sind lt. Papier die schnellere Zulassung von Gentechnik-Produkten und die Aufweichung der Verunreinigungsregeln für Saatgut und Futtermittel. Akribisch haben die Lobbyisten in dem Papier aufgelistet, wie sie zB. die Unterstützung der deutschen Regierung bekommen: Für die Deutschen müsse es "Spielraum" geben, Produkte mit dem Label "Ohne Gentechnik" zu kennzeichnen. Noch ein Ziel der Branche wird definiert: Nationale Anbauverbote soll es nur geben, wenn die EU-Mitgliedstaaten "nicht gegen eine technische Lösung bei Lebensmitteln votieren". Übersetzt heißt das: eine Verunreinigung von Lebensmitteln, ohne dass es draufsteht. Die **EU-Kommission**, heißt es im Papier, solle deutlich machen, dass sie "unter rechtllichem Druck" stehe. Eben das habe der zuständige EU-Kommissar **Tonio Borg** in vielen Ratssitzungen betont.

Quelle: ^[2]

2013: TTIP: Biotechnologie-Verbände fordern eine stärkere Stellung der EFSA

Die Verbände **EuropaBio** und **Biotechnology Industry Organization** (BIO) haben zu dem geplanten Freihandelsabkommen **TTIP** die gemeinsame Stellungnahme **Response to Consultation by EuropaBio and Bio** abgegeben. Darin fordern sie ein vereinfachtes Zulassungsverfahren für gentechnisch veränderte Produkte, das sich stärker an dem in den USA praktizierten System orientiert. Zu den konkreten Empfehlungen gehört auch eine Stärkung der EFSA. So wird z. B. unter "Political risk assessment" vorgeschlagen: "Maintain EFSA's autonomy: new requirements to be added by EC only if EFSA deems necessary" (zusätzliche Anforderungen nur, wenn sie von der EFSA für notwendig gehalten werden).

2013: Beschwerde von CEO über zu gering angegebenes Lobby-Budget

Die NGO *Corporate Europe Observatory* (CEO) beschwerte sich über die Angaben von EuropaBio im freiwilligen europäischen Lobbyregister. Diese seien unrealistisch und viel zu niedrig angesetzt. 2010 soll ein Budget von 50.000 Euro ausgereicht haben, obwohl die jährlichen Einnahmen bei 1,3 Mio. Euro liegen. EuropaBio registrierte lediglich zwei Lobbyisten, wobei 17 Festangestellte in dem Büro in der Avenue de l'Armée arbeiten. Nach Schätzungen von CEO betragen die Kosten für die Unterhaltung eines Lobbyisten bereits 100.000 Euro pro Jahr.^[3] Nach der Beschwerde von CEO unterzog das Register-Sekretariat den Eintrag von EuropaBio einem "Routinecheck", worauf der BioTech Verband seinen Eintrag aktualisierte: Insgesamt wurde die Zahl der registrierten Lobbyisten auf acht erhöht und das Budget für den Zeitraum von Januar bis Oktober 2012 mit 200-250.000 Euro deutlich höher angegeben. CEO ist weiterhin der Meinung, dass die Ausgaben weiterhin zu niedrig angegeben sind.

2011: Kampagne: Prominente Unterstützer für genmanipulierten Nahrungsmitteln - eine PR-Panne

2011 berichtete die Zeitung "Guardian" von aufgetauchten Dokumenten, die behaupten, es gebe Interesse von prominenten Persönlichkeiten, Werbung für genmanipulierte Nahrungsmittel zu machen. Es solle Interesse von Bob Geldorf (Musiker), Lord Patten (Vorstandsmitglied der BBC, Kanzler der Universität Oxford), David Byrne (ehem. irischer EU-Kommissar), David Byrne (Rechtsberater der Regierung) und eventuell vom ehemaligen UN-Generalsekretär Kofi Annan geben. Die Dokumente stammen von einer für EuropaBio arbeitenden PR Agentur. Viele der genannten Personen bestritten auf Nachfrage jeglichen Kontakt zu EuropaBio.^[4] Ein Sprecher von Kofi Annan sagte, Annan sei kein Botschafter für EuropaBio und habe keine Absicht, die Nutzung von genmanipulierten Nutzpflanzen zu bewerben. EuropaBio nahm dazu Stellung und machte deutlich, dass die entsprechenden Dokumente nicht für die Öffentlichkeit bestimmt waren. Man habe lediglich Personen identifiziert, die für eine mögliche Kampagne in Frage kämen. Dazu wolle man mit der Unterstützung von NGOs werben, die pro Genmanipulation argumentieren, zu denen auch die "Bill & Melinda Gates Foundation" gehört.^[5]

[Hier](#) finden sie das vom Guardian veröffentlichte Originaldokument, mit dem für die Kampagne geworben werden sollte.

2010: Astroturfing durch Farmers Biotech Network

2010 führte die bis dato unbekannte Gruppe "Farmers Biotech Network" vor dem EU-Parlament eine Verkostung gentechnisch veränderter Lebensmittel durch. Die Gruppierung bestand aus Landwirten, die für gentechnisch veränderte Nutzpflanzen warben. Nachdem die Medien von den Landwirten als Initiatoren der Aktion berichteten, deckte *Corporate Europe Observatory* (CEO) auf^[6], dass EuropaBio die Aktion finanziert hat. Es handelte sich nicht um eine Aktion, die aus dem Eigeninteresse der Landwirte motiviert war, sondern den Mitglieder des Europäischen Parlaments indirekt die Forderungen von EuropaBio näher zu bringen. Beauftragt hatte EuropaBio ein Tochterunternehmen einer der weltweit größten PR-Agenturen **Edelman**: Grassroots Enterprise. Die Agentur macht ihr Geschäft mit der Organisation von Unterstützung "aus der Bevölkerung" auf Auftrag; mit sogenanntem **Astroturfing**. Der Charakter der sogenannten "Graswurzel-Bewegung" geht dabei verloren, da sich jeder finanzstarke Akteur seine Bevölkerungsunterstützung erkaufen kann.

Die Problematik wird deutlich: für Unternehmen mit dem entsprechenden finanziellen Hintergrund kann eine maßgeschneiderte "Graswurzel-Bewegung" professionell organisiert werden. Diese vertritt dann, wenn der Hintergrund unerkannt bleibt, glaubwürdig die Interessen der Finanziere und übt Druck auf den Gesetzgeber aus.

Struktur

Der Vorstand besteht aus Repräsentanten der Mitgliedsunternehmen. Inhaltlich sind die Hauptbereiche Gesundheit (Rote Biotechnik), Industrie (Weiße Biotechnik) und Agrar (Grüne Biotechnik), denen Arbeitsgruppen unter Führung von EuropaBio zugeordnet sind. Daneben sind die nationalen biotechnischen Verbände eingebunden.^[7]

Tjerk
Vorsitzender des de

Vertreter von Cordion

Vorstands	Ruiter		
Stellv. Vorsitzender des Vorstands	Carsten Sieden	Vorsitzender des EuropaBio Industrial Biotechnology Council	BASF
Stellv. Vorsitzender des Vorstands	Peter Heinrich	Vorsitzender der EuropaBio SME Plattform	Vertreter von Bio Deutschland
Stellv. Vorsitzender des Vorstands	Matthe w Moran	Vorsitzender des EuropaBio National Assocations Council	Vorsitzender der Irish Biotech Association und Vertreter von BioPharmaChem Ireland
Stellv. Vorsitzender des Vorstands	Neil Mulcock	Vorsitzender des EuropaBio Healthcare Biotechnology Council	Vizepräsident von Government Affairs and Policy EMEA und Vertreter von Gilead

(Stand: April 2020) Quelle: ^[8]

Mitglieder

EuropaBio vertritt 81 Unternehmen, assoziierte Mitglieder und "BIO Regionen" sowie 15 nationale Biotechnologie-Verbände.

Unternehmen (Auswahl)

BASF	Bayer	Clariant Produkte GmbH	Dow AgroSciences
Lilly	Evonik	GlaxoSmithKline	Merck Serono
Novartis	Pfizer	Syngenta	
und weitere...			

assoziierte Mitglieder und "BIO Regionen" (Auswahl)

BIO.NRW	Cambridge Biomedical Consultants LTD	Deerfield Management Company LP	Voisin Consulting
und weitere...			

nationale Biotechnologie-Verbände (Auswahl)

Österreich	Austrian Biotech Industry (ABI)
Deutschland	BIO Deutschland
Deutschland	Deutsche Industrievereinigung Biotechnologie (DIB)
Großbritanni en	BioIndustry Association (BIA)
und weitere...	

(Stand: Juni 2020) Quelle: ^[9]

Kurzdarstellung

EuropaBio zählt 55 Industrieunternehmen (u. a. [Bayer AG](#), [BASF](#), [Evonik](#)) zu seinen Mitgliedern und organisiert auch die jeweiligen nationalen Verbände unter einem Dach.^[10] Der Verband stellt die Vorteile von Biotechnologie in verschiedenen Informationsmaterialien dar. EuropaBio drängt auf eine schnellere Zulassung von gentechnisch veränderten Nutzpflanzen, mit dem Argument, Gen-Saatgut sei sicher, könne die ganze Welt ernähren und zur Bekämpfung des Klimawandels beitragen.^[11] Außerdem setzt sich EuropaBio für den Abbau von Regulierung und mehr öffentliche Gelder für die Biotechnologie-Forschung ein.^[12] EuropaBio finanziert sich über die Beiträge der Mitglieder. Ideell unterstützt unter anderem die [Bill & Melinda Gates Foundation](#) das Vorhaben von EuropaBio.^[5]

Weiterführende Informationen

- [Transparenz-Register: Eintrag EuropaBio](#)
- [Annual Report 2018-2019](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

[Newsletter](#)[Twitter](#)[Facebook](#)[Instagram](#)

Einzelnachweise

1. ↑ [Study Identifies Most Effective Associations In Brussels](#), The HolmesReport, 05.08.2013, abgerufen am 30.08.2013
2. ↑ [Strategiepapier der Gentechniklobby: Schlachtplan für Europa](#) Spiegel-Online vom 10.06.2014, abgerufen am 25.06.2014
3. ↑ [Transforming needed for Transparency: Looking towards the lobby register review](#), CEO Homepage, 26.02.2013, abgerufen am 04. September 2013
4. ↑ [EuropaBio: Gentechnik-Verband blamiert sich mit Pannen-PR](#), Spiegel online, 21.10.2011, abgerufen am 04. September 2013
5. ↑ ^{5,05,1} [Biotech group bids to recruit high-profile GM 'ambassadors'](#), The Guardian, 20.08.2011, abgerufen am 30.08.2013
6. ↑ [GM food tasting: Farmers or EuropaBio?](#), Homepage CEO, 13.07.2010, abgerufen am 04. September 2013
7. ↑ [Who We Are](#), europabio.org, abgerufen am 10.04.2020
8. ↑ [Governance & Councils](#), europabio.org, abgerufen am 10.04.2020
9. ↑ [Members](#), europabio.org, abgerufen am 10.04.2020
10. ↑ [EuropaBio Homepage](#), abgerufen am 04.09.2013
11. ↑ [Pocket Guide to GM Crops](#), Informationsbroschüre EuropaBio, abgerufen am 09. September 2013
12. ↑ LobbyControl und CEO: [LobbyPlanet Brüssel. Das EU-Viertel](#). 2. akt. u. überarb. Aufl., 2012

International Life Sciences Institute

Das **International Life Sciences Institute (ILSI)** ist eine einflussreiche Lobbyorganisation im Lebensmittelbereich, die von Unternehmen der Lebensmittel-, Chemie- und Gentechnikindustrie gegründet worden ist. Die Mitgliedsunternehmen treffen die Grundsatzentscheidungen, wählen den Vorstand und finanzieren das Institut zum ganz überwiegenden Teil.

Wegen seiner Industrienähe und der Verflechtungen mit staatlichen Aufsichtsbehörden ist das ISLI in die Kritik geraten. Die Vorsitzende des EFSA-Verwaltungsrats, [Diana Banati](#) wechselte im Mai 2012 zurück zur ILSI als Geschäftsführerin.^[1] Banati war 18 Monate zuvor von ihrem Posten als Vorstand beim ILSI zurückgetreten – da ihre Lobbytätigkeit offensichtlich in Konflikt mit ihren Aufgaben bei der EFSA stand. Ende 2018 beendete Banati ihre Tätigkeit als Geschäftsführerin.

Hans-Ulrich Grimm bezeichnet ISLI in seinem Buch "Food War" (München 2020) als exklusiven Lobby-Club für das Ungesunde, für die Multimilliardengeschäfte mit der ultraverarbeitenden Nahrung.

International Life Sciences Institute

Rechtsform Gemeinnützige Organisation (USA)

Tätigkeitsbereich

Gründungsdatum 1978

Hauptsitz Washington D.C., USA

Lobbybüro

Lobbybüro EU Avenue E. Mounier 83, Box 6, 1200 Brüssel

Webadresse ilsa.org/Europe

Inhaltsverzeichnis

1 Lobbystrategien und Einfluss	22
2 Fallstudien und Kritik	22
2.1 "Joint FAO/WHO Meeting on Pesticide Residues" (JMPR): Interessenkonflikt von Alan Boobis	22
2.2 2016: Glyphosat Unbedenklichkeit	23
2.3 2016: Verdeckte Förderung einer Studie, nach der Coca-Cola light gesünder ist als Wasser	23
2.4 2015: Hinweise auf Versuche, Einfluss auf die WHO zu nehmen	23
2.5 Verstrickung mit der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA)	24
2.6 Der Präsident des Max Rubner-Instituts als ILSI-Aktivist	24
3 Organisationsstruktur und Personal	24
3.1 Kuratorium (Board of Trustees) von ILSI Global	24
3.2 Generalversammlung ("General Assembly") ILSI Europe	24
3.3 Vorstand (Board of Directors) ILSI Europe	25
3.4 Wissenschaftlicher Beirat (Scientific Advisory Committee) ILSI Europe	26
3.5 Geschäftsführung ILSI Europe	26
3.6 Mitgliedsunternehmen ILSI Europe (Auswahl)	26
4 Finanzen	27
5 ILSI Health and Environmental Sciences Institute (HESI)	27
6 Weiterführende Informationen	27
7 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	27
8 Einzelnachweise	28

Lobbystrategien und Einfluss

Das ISLI, das bestreitet, eine Lobbyorganisation zu sein, bringt Wissenschaftler aus der Industrie mit Wissenschaftlern aus Regulierungsbehörden in ihren Gremien sowie Arbeits- und Expertengruppen zusammen. Dadurch erhält es die Möglichkeit, Gesetze, Verordnungen und Empfehlungen, die die Interessen ihrer Mitgliedsunternehmen berühren, mittelbar zu beeinflussen.^{[2][3]} So erklärt sich das erhebliche finanzielle Engagement der Industrie beim ILSI. ISLI Europe war 2019 an 4 Projekten der EU beteiligt.^[4] Dazu gehört das Horizon 2020-finanzierte Projekt „SWEET“, das die Auswirkungen von Süßstoff und Geschmacksverstärkern auf Gesundheit, Fettleibigkeit, Unschädlichkeit und Nachhaltigkeit untersucht. Ein Vorteil dieser Partnerschaft bestehe darin, über die entsprechenden Expertengruppen und Workshops in ständigem Kontakt mit Vertretern der EU-Kommission, der [EFSA](#), der [WHO](#), der [FAO](#) und nationalen Behörden zu stehen.

ISLI-Arbeitsgruppen (Task Forces) werden gebildet, wenn der Vorschlag vom Vorstand (Board of Directors) bestätigt wird und die Unterstützung von mindestens fünf Mitgliedsunternehmen erhält.^[5] Sie werden von den unterstützenden Mitgliedsunternehmen finanziert und werden aufgelöst, wenn das Programm beendet ist oder wenn sie nicht mehr von mindestens fünf Mitgliedsunternehmen unterstützt werden. Damit können die Mitgliedsunternehmen - und nicht die Wissenschaftler - Arbeitsgruppen initiieren und auflösen, falls ihnen die Ergebnisse nicht genehm sind.

Fallstudien und Kritik

"Joint FAO/WHO Meeting on Pesticide Residues" (JMPR): Interessenkonflikt von Alan Boobis

[Alan Boobis](#), Professor am Imperial College in London, ist in den folgenden Gremien von ISLI und deren Tochtergesellschaft [Health and Environmental Sciences Institute](#) (HESI) tätig:

- Vorsitzender des Kuratoriums („Board of Trustees“) von ISLI Global^[6]
- Vizepräsident des „Board of Directors“ von ILSI Europe, dessen Aufgabe darin besteht, das Management von ILSI Europe zu leiten und zu kontrollieren.^[7]
- Mitglied des Kuratoriums („Board of Trustees“) des HESI, von dem letzteres geleitet wird^[8]

Gleichzeitig ist er Experte und Co-Vorsitzender der Experten des WHO-Fachgremiums [Joint FAO/WHO Meeting on Pesticide Residues](#) (JMPR).^[9], das Glyphosat für unbedenklich erklärt hat. Die WHO erläutert unter „Frequently asked questions“ unter Q6 zu Interessenkonflikten von Experten, diese seien im universitären Bereich oder in Behörden tätig und handelten nicht als Vertreter ihrer Regierungen oder Organisationen.^[10] Unter Q7 erklärt die WHO, einige Experten seien zwar in die Aktivitäten von ISLI involviert, jedoch sei keiner von ihnen in einer leitenden Funktion tätig („None of the experts involved in the JMPR lead or co-lead ILSI“). Erwähnt wird dann lediglich die Teilnahme an ILSI-Arbeitsgruppen oder Beratertätigkeiten. Es ist jedoch davon auszugehen, dass Boobis als Kuratoriumsvorsitzender von ILSI

Global, Vizepräsident von ILSI Europe und Kuratoriumsmitglied der ILSI-Tochter HESI zumindest eine „Co-Lead“-Funktion bei ILSI ausübt. Bei der Beschreibung von ILSI wird beschönigend davon gesprochen, dass dieses Zuschüsse von Regierungen, der Industrie und anderen Quellen erhält. Dabei stammten 2015 ca. 66 % (ca. 11,7 Mio. \$) der ILSI-Einnahmen von den Mitgliedsunternehmen und ca. 19 % (ca. 3,3 Mio. \$) entfielen auf Spenden von Unternehmen.^[11] Die Zuschüsse von Regierungen betragen nur bei 8,5 % (ca. 1 Mio. \$). Zu den Mitgliedern gehören auch Unternehmen, die Glyphosat herstellen.

Laut seinem Profil bei der WHO ist Boobis in mehreren weiteren Beratergremien vertreten. So ist er u. a. Vorsitzender des "Committee on Toxicity" sowie Mitglied der WHO "Study Group on Tobacco Product Regulation" (TobReg) und "JECFA (veterinary residues)".^[12]

2016: Glyphosat Unbedenklichkeit

Im Mai gab das WHO-Fachgremium [Joint FAO/WHO Meeting on Pesticide Residues](#) (JMPR) bekannt, das umstrittene Pflanzengift Glyphosat sei unbedenklich. 2 Mitglieder des JMPR, [Alan Boobis](#) und [Angelo Moretto](#) haben hohe Positionen beim ILSI. Boobis ist u.a. Vize-Präsident des ILSI Europe. Moretto ist Vorstandsmitglied eines zu ILSI gehörenden Instituts.^[13] Während [Alan Boobis](#) und [Angelo Moretto](#) vor einigen Jahren aufgrund ihrer engen industriellen Verbindung aus der [Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit](#) ausgeschlossen wurden, sind sie trotz ihrer Nähe zur Industrie weiterhin Teil des JMPR.^[14] Im Jahr 2012 erhielt ILSI rund eine Million US\$ an Zuwendungen von dem Glyphosathersteller Monsanto und vom Weltdachverband der Gentechnik- und Agrochemieindustrie, CropLife International.^[15] Aufgrund dieses massiven Einflusses auf Gremien und Wissenschaft ist eine kritische und unabhängige Risikobewertung von Glyphosat seitens des [Joint FAO/WHO Meeting on Pesticide Residues](#) nicht zu erwarten.

2016: Verdeckte Förderung einer Studie, nach der Coca-Cola light gesünder ist als Wasser

Nach einem Bericht des „Independent“ sponserte ILSI Europe eine Studie der Bristol University, die zum Ergebnis kam, dass Diät-Erfrischungsgetränke besser als Wasser dazu geeignet sind, um sein Gewicht zu reduzieren.^[16] Professor Rogers, der die Studie im Wesentlichen verfasst hat, ist Co-Vorsitzender der ISLI-Task Force „Eating behaviour and energy balance“. Weder aus der Studie selbst noch aus der Presseerklärung der Bristol University geht hervor, dass die Studie über die ISLI mittelbar von der Getränkeindustrie gesponsert wurde. Der Kardiologe Dr. Asseem Malhotra, Berater des "National Obesity Forum", erklärte gegenüber dem „Independent“: „To suggest that diet drinks are more healthy than drinking water is laughable unscientific nonsense.“

2015: Hinweise auf Versuche, Einfluss auf die WHO zu nehmen

Geleakte e-mails aus dem Jahr 2015 zeigen, dass der Präsident von ILSI sich mit einem Vertreter der US-Regierung in Verbindung setzte, um eine erneute Zusammenarbeit der WHO mit ILSI zu erreichen und die WHO zu bewegen, nicht nur zuckerhaltige Nahrungsmittel als Ursache von Fettleibigkeit zu betrachten, sondern auch Änderungen der Lebensweise zu berücksichtigen.^{[17][18]}

Verstrickung mit der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA)

Mehrere Mitglieder der [Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit](#) (EFSA) stehen bzw. standen in engem Kontakt zu der ILSI, etwa [Diána Bánáti](#), [Milan Kovác](#), [Harry Kuiper](#), [Gijs Kleter](#) und [Alfonso Lampen](#). Diese personellen Verflechtungen lassen an der Objektivität der Agentur EFSA Zweifel aufkommen und wecken die Befürchtung, dass ILSI durch seine industrienahen Experten die Risikobewertungen von EFSA in eine für Verbraucher bedenkliche Richtung beeinflusst.^[19]

Der Präsident des Max Rubner-Instituts als ILSI-Aktivist

[Gerhard Rechkemmer](#) war bis Ende August 2016 Präsident des [Max Rubner-Institut](#) (MRI), dem Bundesforschungsinstitut für Ernährung und Lebensmittel, das das [Bundeslandwirtschaftsministerium](#) (BMEL) berät. Forschungsschwerpunkt des MRI ist der gesundheitliche Verbraucherschutz im Ernährungsbereich. Zugleich war Präsident Rechkemmer hoher Funktionär bei der Lobbyorganisation ILSI. Seit 2012 sitzt er im „Board of Directors“ von ILSI Europe und seit 2013 ist er Mitglied des "Board of Trustee" von ILSI Global.^[20] Weiterhin ist er Mitglied in der ILSI-„Task Force“ für Gesundheitsnahrung („Functional Food“).^[21] Weitere Mitglieder waren Ende 2015 mit einer Ausnahme Vertreter der Lebensmittel-, Chemie- und Gentechnikindustrie.

Organisationsstruktur und Personal

Das Global Network des 1978 gegründeten ISI umfasst 17 regionale oder länderspezifische Branchen, das ILSI [Health and Environmental Sciences Institute](#) (HESI) und die ILSI Research Foundation.^{[22][23]} Der Sitz von ILSI Global ist Washington, DC. Das 1986 gegründete ILSI Europe residiert in Brüssel.

Kuratorium (Board of Trustees) von ILSI Global

Die Mitglieder sind [hier](#) abrufbar.

Generalversammlung ("General Assembly") ILSI Europe

In der Generalversammlung ("General Assembly"), in der ausschließlich die Mitgliedsunternehmen vertreten sind, werden die grundlegenden Entscheidungen getroffen. Sie wählt auch den Vorstand ("Board of Directors"), der seinerseits die Mitglieder des Wissenschaftlichen Beirats ("Scientific Advisory Committee") ernennt.

Vorstand (Board of Directors) ILSI Europe

Na
me Funktion

Phili
p

Cald • Professor für Nutritional Immunology within Medicine an der University of Southampton

er • Präsident der Nutrition Society

(Prä • Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats von ILSI Europe

side

nt)

- Professor für Biochemical Pharmacology am Imperial College London

- Mitglied des Kuratoriums („Board of Trustees“) von ISLI Global

Alan • Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats von ISLI Europe

Boo • Mitglied des Kuratoriums („Board of Trustees“) des [Health and Environmental Sciences Institute](#) (HESI)

- Mitglied und Mitvorsitzender des [Joint FAO/WHO Meeting on Pesticide Residues](#) (JMPR)

- Mitglied des „Concerned Toxicologists for Better Science and Regulation“^[24]

- Inhaber des Lehrstuhls für Ernährungsmedizin an der Universität Hohenheim

Step
han
Bisc
hoff

- Betreiber des Zentrums für Klinische Ernährung Stuttgart an der Universität Hohenheim (ZKES), das mit einer Nestlé-Tochtergesellschaft kooperiert. Seit 2010 werden am ZKES Optifast-Programme zur Gewichtsabnahme mit Optifast-Produkten der Nestlé Health Care Nutrition GmbH angeboten.^{[25][26][27]} Die Programme sehen u.a. vor, dass Teilnehmer wochenlang nur die

Optifast-Nahrung von Nestlé essen.^{[28][29]} Das ZKES ist eines der 30 Optifast Therapiezentren in Deutschland und Österreich.^[30]

sowie weitere 9 Mitglieder

Stand: April 2020^[31]

Wissenschaftlicher Beirat (Scientific Advisory Committee) ILSI Europe

Name	Funktion
Philip Calder (Vorsitzender)	<ul style="list-style-type: none"> • Professor für Nutritional Immunologie within Medicine an der University of Southampton • Präsident der Nutrition Society • Präsident von ILSI Europe
Alan Boobis	<ul style="list-style-type: none"> • Professor für Biochemical Pharmakologe am Imperial College • Mitglied des Kuratoriums ("Board of Trustees") von ILSI Global • Mitglied des Vorstands von ILSI Europe • Mitglied des Kuratoriums („Board of Trustees“) des Health and Environmental Sciences Institute (HESI) • Mitglied und Mitvorsitzender des Joint FAO/WHO Meeting on Pesticide Residues (JMPR) • Mitglied der „Concerned Toxicologists for Better Science and Regulation“^[32]

sowie weitere 17 Mitglieder

Stand: April 20120^[33]

Geschäftsführung ILSI Europe

Geschäftsführer ist Ignacio Garamendi^[34]

Stand: April 2020

Mitgliedsunternehmen ILSI Europe (Auswahl)

- [Danone](#) Nutricia Research
- [Dow](#) Europe
- [DSM](#)
- Fresenius Kabi
- Mayr-Melnhof Karton
- PepsiCola International
- [Pfizer](#) Consumer Healthcare
- Südzucker
- The Coca-Cola Company

Stand: April 2020^[35]

Finanzen

Die Gesamteinnahmen von ISLI betragen 2018 ca. 12,9 Mio. \$, wovon der ganz überwiegende Teil auf Mitgliederbeiträge und Spenden entfällt.^[36] Laut [EU Transparenz-Register](#) lag das Gesamtbudget von ISLI Europe bei 2,5 Mio. Euro. Von EU-Organen stammen davon ca. 79 Tsd. Euro.

ILSI Health and Environmental Sciences Institute (HESI)

Das [Health and Environmental Sciences Institute](#) (HESI) ist 1989 von ILSI gegründet worden, um Wissenschaftler und Regierungsinstitutionen in die Forschungs koordinierung und Netzwerkbildung in den Bereichen Gesundheit, Toxikologie, Risikobewertung und Umwelt einzubinden. Das Institut wird hauptsächlich von der Industrie gesponsert, erhält jedoch auch finanzielle Unterstützung von US- und internationalen Behörden.^[37] Zu den Partnern gehören akademische Institutionen, Behörden (z.B. Helmholtz Centre for Environmental Research, Austrian Agency for Health and Food Safety, Irish Medicines Board, Europäische Kommission/Joint Research Center, European Food Safety Authority, Umweltbundesamt), Unternehmen (z.B. [BASF](#), [Bayer](#), [Boehringer](#)), Berater (z.B. Altamira LLC, DLW Consulting Services, LLC) und andere Organisationen des öffentlichen Bereichs (z.B. Hamner Institutes for Health Sciences).^[38] Leitungsorgan ist der Board of Trustees, dem 16 Vertreter des öffentlichen Sektors und 15 Vertreter der Industrie angehören.^[39] Vorsitzender ist Timothy P. Pastoor, Präsident von Syngenta (Stand: März 2017).

Zur Risikobewertung gibt es das Risk Assessment in the 21st Century (RISK21) Committee.^[40] Zu den sich 2015-2016 beteiligenden Organisationen gehören u.a. [BASF](#), [Bayer CropScience](#), [Monsanto](#) und die US Environmental Protection Agency.^[41] Mitglied des RISK21 Steering Team ist David Bell, Senior Scientist (Toxicology) bei der [Europäischen Chemikalienagentur](#) (ECHA).^[42]

Weiterführende Informationen

- [Andrew Jacobs: A Shadowy Industry Group Shapes Food Policy Around the World, New York Times vom 16. September 2019](#)
- [Das ILSI bei Sourcewatch](#)
- [The International Life Sciences Institute \(ILSI\), a corporate lobby group Corporate Europe Observatory vom Mai 2012](#)
- [Andreas Bauer-Panskus & Christoph Then: Der lange Arm der Industrie: Einflussnahme auf Forschung und Behörden in Deutschland im Bereich Gentechnik und Lebensmittelsicherheit, Hrsg. Test Biotech, Veröffentlichungsjahr: 2015](#)
- [Helmut Butscher-Schaden, Peter Clausing und Claire Robinson: Glyphosat und Krebs: Gekaufte Wissenschaft, Hrsg. GLOBAL 2000 Friends of the Earth Austria, März 2017](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Twitter

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [EFSA Management Board Chair resigns](#) abgerufen am 25.05.2012
2. ↑ [Hans-Ulrich Grimm: Was treibt die ILSI mit EFS, Greenpeace-Magazin Ausgabe 5.12](#), abgerufen am 26.03.2016
3. ↑ [The International Life Sciences Institute \(ILSI\), a corporate lobby group Corporate Europe Observatory - May 2012](#), corporateeurope.org, abgerufen am 13.04.2016
4. ↑ [EU Projects Overview](#), ilsi.eu, abgerufen am 19.04.2020
5. ↑ [Task Forces](#), Webseite ILSI. abgerufen am 13.04.2016
6. ↑ [Leadership & Financial Support](#), ilsu.org, abgerufen am 17.12.2017
7. ↑ [About Us Members of the Board of Directors](#), ilsi.eu, abgerufen am 17.12.2017
8. ↑ [Governance](#), hesiglobal.org, abgerufen am 17.12.2017
9. ↑ [Joint FAO/WHO Meeting on Pesticides Residues \(JMPR\) -12/21 September 2017 List of experts](#), who.int, abgerufen am 17.12.2017
10. ↑ [Frequently asked questions](#), who.int vom 27.12.2016, abgerufen am 17.12.2017
11. ↑ [ILSI Annual Report 2017](#), ilsi.org, abgerufen am 17.12.2017
12. ↑ [Joint FAO/WHO Meeting on Pesticides Residues \(JMPR\) -12/21 September 2017 List of experts](#), who.int, abgerufen am 17.12.2017
13. ↑ [Möglicher Interessenskonflikt bei Pflanzenschutzmittel-Bewertung](#) Zeit-Online vom 18.05.2016, abgerufen am 19.05.2016
14. ↑ [Glyphosat - Wissenschaft als Spielball der Industrie](#) PM von TestBiotech vom 31.05.2016, abgerufen am 03.06.2016
15. ↑ [UN/WHO panel in conflict of interest row over glyphosate cancer risk](#) The Guardian vom 17.05.2016, abgerufen am 03.06.2016
16. ↑ [Jonathan Owen: A recent study that said Diet Coke can help you to lose weight war quietly funded by Coca-Cola](#), independent.co.uk 17.01.2016, abgerufen am 02.08.2016
17. ↑ [9. International Life Sciences Institute Europe \(ILSI Europe\) in: A spoonful of sugar](#), July 2016, corporateeurope.org, abgerufen am 03.08.2016
18. ↑ [Peters, John C](#), usrtk.org, abgerufen am 03.08.2016
19. ↑ [Conflicts on the Menu](#), www.corporateeurope.org, aufgerufen am 17.09.2012
20. ↑ [Präsident](#), Webseite MRI, abgerufen am 04.12.2015
21. ↑ [Functional Foods Task Force Members](#), Webseite ISLI, abgerufen am 04.12.2015
22. ↑ [Global Network](#), ilsi.org, abgerufen am 26.03.2017
23. ↑ [One ILSI](#), ilsi.org, abgerufen am 26.03.2017
24. ↑ [A Busy May for Professor Boobis](#), 16.05.2016, corporateeurope.org, abgerufen am 26.04.2017
25. ↑ [Optifast Therapiezentrum](#), optifast.de, abgerufen am 16.04.2020
26. ↑ [Hans Ulrich Grimm: Food War](#), München 2020, S. 104
27. ↑ [Die Optifast-Diät](#), bild.de vom 27.11.2019, abgerufen am 16.04.2020
28. ↑ [Abnehmprogramm in Hohenheim](#), stuttgarter-nachrichten.de vom 11.01.2016, abgerufen am 16.04.2020
29. ↑ [Schlankheitsmittel „Optifast“](#), verbraucherzentrale.de vom 21.01.2016, abgerufen am 16.04.2020
30. ↑ [Therapiezentren](#), optifast.de, abgerufen am 16.04.2020
31. ↑ [About us](#), ilsi.org, abgerufen am 17.04.2020
32. ↑ [A Busy May for Professor Boobis](#), 16.05.2016, corporateeurope.org, abgerufen am 26.04.2017
33. ↑ [About us](#), ilsi.org, abgerufen am 18.04.2020
34. ↑ [About Us](#), ilsi.eu, abgerufen am 18.04.2020

35. ↑ [About us](#), [ilsi.org](#), abgerufen am 18.04.2020
36. ↑ [ILSI Annual Report 2019](#)
37. ↑ [About](#), [hesiglobal.org](#), abgerufen am 25.03.2017
38. ↑ [Partners](#), [hesiglobal.org](#), abgerufen am 25.03.2017
39. ↑ [Board of Trustees](#), [hesiglobal.org](#), abgerufen am 25.03.2017
40. ↑ [Risk Assessment in the 21st Century \(RISK21\) Committee](#), [hesiglobal.org](#), abgerufen am 25.03.2017
41. ↑ [HESI Technical Committee](#), [hesiglobal.org](#), abgerufen am 25.03.2017
42. ↑ [RISK21 Steering Team](#), [risk21.org](#), abgerufen am 27.03.2017

Public Private Partnership

Public-Private Partnership (PPP), eingedeutscht auch **öffentlich-private Partnerschaft (ÖPP)** genannt, bezeichnen Modelle der Einbeziehung privater Wirtschaftssubjekte bei der Erledigung öffentlicher Aufgaben. Eine einheitliche, allgemein akzeptierte Definition von PPP existiert zur Zeit nicht.

Der Ökonom Holger Mühlenkamp vermutet in dieser begrifflichen Unschärfe einen Grund für die weit verbreitete Verwendung des Begriffes, denn diese ermöglicht vielfältige Einsatzmöglichkeiten. Zudem vermittelt der Begriff eine positive Botschaft. "Gemeinsames Interesse und kooperative Umgangsformen zwischen öffentlichen und privaten Partnern zum Vorteil aller". Hauptsächlich wird in der offiziellen Argumentation für PPP die Intention angeführt, dass PPP zu einer effizienteren Erfüllung öffentlicher Aufgaben führen soll, womit Steuerzahler und die öffentliche Hand entlastet würden.^[1]

Inhaltsverzeichnis

1 Unterscheidungen	29
1.1 Die drei grundlegenden Typen	29
2 Praxisbeispiele von ÖPP	30
2.1 2007-2013 Arvato in Würzburg	30
2.2 2007-2016 Elbphilharmonie	30
2.3 Weitere Beispiele	30
3 Ergebnisse der Rechnungshöfe	31
4 PPP-Akteure	31
4.1 Politiker als Verfechter von PPP	31
5 Kritik	32
6 Mehr über Public-Private Partnership	32
7 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	32
8 Einzelnachweise	33

Unterscheidungen

Die drei grundlegenden Typen

- Private können an einzelnen Stellen eines mehrstufigen oder mehrteiligen Produktions- und Absatzprozesses öffentlicher Leistungen eingesetzt werden
- Öffentliche Aufgaben werden vollständig, d.h. über alle Produktionsstufen bzw. -prozesse, in die Hände von privaten gegeben

- Öffentliche Hand und Private arbeiten auf einzelnen oder allen Produktions- bzw. Prozessstufen zusammen

Quelle:^[1]

Praxisbeispiele von ÖPP

2007-2013 Arvato in Würzburg

Die **Bertelsmann-Tochter Arvato direct services GmbH** und die Stadt Würzburg haben im Mai 2007 das Projekt »Würzburg integriert!« vereinbart. Arvato sollte eine zentrale eGovernment-Plattform entwickeln, über die alle Verwaltungsakte mit den Bürgern digital getätigt werden: Kfz- und Einwohneranmeldung, Parkscheine, Geburts- und Ehedokumente, Hundesteuer, Fundbüro, Führerscheinfragen, Registrierung neuer Unternehmen. Damit sollten die amtlichen Vorgänge effizienter werden. Ziel war die Einsparung von 75 Arbeitsplätzen innerhalb von 10 Jahren.

Arvato finanzierte das Projekt vor und sollte nur ergebnisabhängig bezahlt werden. Schon 2008 stockte das Ganze, 2010 war es praktisch beendet. Absehbare Probleme des Projekt waren: Nicht alle Bürger haben einen Internetanschluß. Sicherheitslücken beim Zugang und innerhalb der Verwaltung. Außerdem hatten die städtischen Beschäftigten keine Lust, beim Abbau ihrer Arbeitsplätze selbst mitzuwirken.

Arvato kündigte und forderte 4,58 Millionen Euro Schadenersatz. Es folgte das bei ÖPP-Projekten übliche Verfahren: Wie im geheimen Vertragstext vereinbart, dürfen die Vertragspartner bei Streitigkeiten zunächst nicht vor ein öffentliches Gericht gehen, sondern bilden ein privates Schiedsgericht, das ebenfalls geheim tagt. Hier einigte man sich auf einen Berliner Rechtsanwalt als privaten Schlichter. Schließlich kam Ende September 2013 der außergerichtliche Vergleich zustande. Ergebnis: Die Kommune verzichtete auf ihre Forderungen und zahlt an Arvato 535500 Euro. Damit wird das Projekt endgültig beendet. ^[2]

2007-2016 Elbphilharmonie

Im Juli 2005 wurden die Kosten für den Bau der Hamburger Elbphilharmonie erstmals vorgestellt. Die ÖPP aus der Stadt Hamburg und dem Baukonzern Hochtief sah eine Beteiligung von 77 Millionen Euro durch die öffentliche Hand vor. Ende 2016 war das Gebäude dann fertiggestellt und für Besucher freigegeben, 7 Jahre später als gedacht und geplagt von etlichen Skandalen rund um die Zusammenarbeit zwischen Hochtief, der Stadt und den beiden Architekten. Die Kosten stiegen bis dahin auf 789 Millionen Euro an - für die öffentliche Hand. Mit Gesamtkosten von 866 Millionen Euro ist die Elbphilharmonie das zwölft teuerste Gebäude der Welt, vor allem zulasten der Steuerzahler. ^[3]

Weitere Beispiele

- [Infrastrukturgesellschaft Verkehr](#) (in Planung)
- Ausbau der Autobahn A1 zwischen Hamburg und Bremen
- Ausbau der Autobahn A7 zwischen Hannover und Kassel
- LkW-Autobahnmautsystems [Toll Collect](#)
- Justizvollzugsanstalt JVA Hünfeld
- Universitätsklinikum Gießen und Marburg

Ergebnisse der Rechnungshöfe

Die Rechnungshöfe des Bundes und der Länder veröffentlichten im September 2011 ein gemeinsamen Bericht zu öffentlich-private Partnerschaften.^[4] Darin stellten sie fest, dass die dort untersuchten Projekte im Gesamtwert von 3,2 Mrd. Euro sich als eher nachteilig für die öffentlichen Auftraggeber erwiesen. Der Bericht enthält die Forderung, dass die öffentliche Hand Vorhaben, die sie sich aus eigenen Mitteln nicht leisten kann, auch nicht alternativ im Rahmen einer ÖPP finanzieren darf.^[5]

Im Juni 2014 kam der Bundesrechnungshof zum Ergebnis, dass privat gebaute Autobahnen erheblich teurer seien, als eine öffentliche Finanzierung. Die Rechnungsprüfer haben die, bis dahin, sechs im Rahmen der ÖPP realisierten Projekte untersucht. Infolgedessen habe sich bei allein fünf Projekten gezeigt, dass diese um „1,9 Milliarden Euro teurer sind, als eine konventionelle Realisierung“ aus öffentlichen Geldern. Beispielsweise sei das ÖPP-Projekt zum Ausbau der A1 um 28 Prozent teurer als vorab einkalkuliert. Laut Berechnungen im Vorfeld, hätte der Ausbau ganze 40 Prozent günstiger sein müssen, als die öffentliche Variante. Ein Grund für diese Kostenexplosion seien die Finanzierungskosten, welche für Unternehmen -mit Blick auf die höheren Zinsen- deutlich teurer seien, als für den Bund.^[6]

PPP-Akteure

Ein großes Eigeninteresse an der Anbahnung von PPP-Projekten haben naturgemäß Unternehmensprüfer, Beraterfirmen und Anwaltskanzleien, da diese mit dem Abfassen von umfangreichen Vertragswerken viel Geld verdienen. PPP-Vertragswerke zeichnen sich i.d.R. dadurch aus, dass sie äußerst kompliziert und seitenstark sind und in ihren weitreichenden Konsequenzen von verantwortlichen Politikern wenn überhaupt nur mit erheblichen Aufwand überblickt werden können.

- Unternehmensprüfer: [Freshfields](#)
- PPP-Anbahnungsinstanzen: [ÖPP Deutschland AG](#)
- Interessenverbände: [Bundesverband Public Private Partnership \(BPPP\)](#)

Im August 2014 hat Bundeswirtschaftsminister [Sigmar Gabriel](#) eine [Expertenkommission zur Stärkung von Investitionen in Deutschland](#), zum Beispiel Verkehrswege oder kommunale Infrastruktureinrichtungen, eingesetzt. Augenscheinlich ist diese Kommission mit einer Mehrheit an Profiteuren an ÖPP besetzt.

Politiker als Verfechter von PPP

[Roland Koch](#): Der ehemalige hessische Ministerpräsident gilt als einer der stärksten Verfechter der Public Private Partnerships. Unter seiner Präsidentschaft entwickelte sich Hessen zu dem PPP-freundlichsten Bundesland überhaupt. Vor allem Kochs späterer Arbeitgeber, der zweitgrößte deutsche Baukonzern Bilfinger Berger, profitierte von seinen Bemühungen, PPP zu etablieren. Ein ehemaliger Bilfinger-Manager gab zwar an, Koch sei an Auftragsvergaben nie unmittelbar beteiligt gewesen, dennoch erhielt der Konzern zwischen 2002 und 2010 den Auftrag für 3 von insgesamt 16 ausgeschriebenen Vorhaben, darunter das bislang viertgrößte in Deutschland, das Justizzentrum in Wiesbaden für 128 Millionen Euro.^[7]

Von 2011 bis 2014 war Koch anschließend Vorstandsvorsitzender von Bilfinger-Berger, verließ den Konzern nach starken Gewinneinbrüchen seit Beginn seiner Beschäftigung einvernehmlich.^[8]

Peer Steinbrück: Der frühere SPD-Spitzenpolitiker und Kanzlerkandidat half dabei, in Nordrhein-Westfalen PPP salonfähig zu machen. 2010 ließ er sich ein Interview zu PPP mit 7.000 Euro von Bilfinger Berger honorieren, die das Gespräch verschriftlichten und im eigenen Geschäftsbericht abdrucken ließen. Doch das ist kein Einzelfall: Steinbrück ließ sich zwischen 2010 und 2012 für insgesamt fast 100.000 Euro auch von weiteren Unternehmen der Branche buchen, darunter die Beraterfirmen [Freshfields Bruckhaus Deringer](#), Ernst & Young und [PricewaterhouseCoopers](#).^[9] Es gebe eine ganze Reihe "vorzeigbarer Projekte, mit denen sich nachweisen lässt, dass ÖPP eine Alternative ist, die durchaus stärker genutzt werden sollte", so Steinbrück in einem der Interviews.^[10]

Kritik

Teuer, ineffektiv und wettbewerbsverzerrend

Anlässlich des Urteils des Landgerichts Hannover zur Klage des privaten Autobahnbetreibers A1 Mobil vom 07.09.2018^[11] fordert der Zentralverband des Deutschen Baugewerbes einen generellen Verzicht auf öffentlich-private Partnerschaften in Deutschland.^[12] Wie der Bundesrechnungshof bezeichnet er solche Geschäfte als teuer und ineffektiv. Nach Auffassung des Verbands schließen sie außerdem den heimischen Mittelstand aus und garantieren deshalb keinen ausreichenden Wettbewerb.

Verbriefung langfristiger PPP-Verträge

Werner Rügemer kritisiert, dass Banken langfristige PPP-Verträge verbrieften können. Mit den verbrieften PPP-Mieten können die Banken handelbare (spekulative) Wertpapiere machen. Damit käme eine aufgeblähter Finanzkreislauf in Gang:

"Die Bank I, die dem PPP-Investor den Kredit gegeben hat, verkauft die Mietforderungen an die Bank II, die dafür einen Kredit bei der Bank III aufnimmt; die Bank IV kann den verbrieften Kredit von der Bank II kaufen, indem sie bei der Bank V einen Kredit aufnimmt und so weiter - so dreht sich das riskante Karussell der privaten Geldschöpfung"^[13]

Geheimhaltung der Verträge

Immer wieder in der Kritik steht auch die Tatsache, dass alle Verträge von PPP-Projekten unter Geheimhaltung stehen. Zur Begründung dafür wird immer wieder das Geschäfts- und Betriebsgeheimnis der beteiligten Unternehmen angeführt. Die Geheimhaltung sei eine maßgebliche Voraussetzung, damit die privaten Unternehmen ihre Gewinninteressen gegenüber der öffentlichen Hand durchsetzen können.^[14]

Mehr über Public-Private Partnership

- [Website PPP-Irrweg \(attac\)](#)
- *Public Private Partnership: Die Plünderung des Staates*, Werner Rügemer in: junge Welt, 31. Januar 2010

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Twitter

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ ^{1,01,1} [Holger Mühlenkamp, Public Private Partnership aus der Sicht der Transaktionskostenökonomik und der Neuen Politischen Ökonomie](#), in: Schriftenreihe der Gesellschaft für öffentliche Wirtschaft Herft 54, Baden-Baden 2006, S. 29-50
2. ↑ [Flop mit Signalwirkung](#) junge welt vom 17.10.2013, abgerufen am 22.10.2013
3. ↑ [Schön, teuer, fertig](#) FAZ vom 4. November 2016, abgerufen am 21.06.2017
4. ↑ [Gemeinsamer Erfahrungsbericht zur Wirtschaftlichkeit von ÖPP-Projekten](#) abgerufen am 02.02.2012
5. ↑ [PM des Rechnungshof Hamburg vom 22.11.2011](#) abgerufen am 03.02.2012
6. ↑ [Privater Autobahnbau lohnt sich nicht](#), handelsblatt.de vom 12.06.2014, abgerufen am 18.06.2014
7. ↑ [Wem nützt Roland Koch an der Spitze von Bilfinger Berger?](#) Wirtschaftswoche vom 09. November 2010, abgerufen am 21.06.2017
8. ↑ [Spektakulär gescheitert](#) FAZ vom 04. August 2014, abgerufen am 21.06.2017
9. ↑ [Der Autobahn-Klau](#) Taz.de vom 05. Januar 2013, abgerufen am 21.06.2017
10. ↑ [Der verkaufte Staat](#) Welt.de vom 09. Februar 2014, abgerufen am 21.06.2017
11. ↑ [Betreiber trägt das Risiko für zu wenig Verkehr](#), lto.de vom 07.09.2018], abgerufen am 10.09.2018
12. ↑ [Autobahnbetreiber scheitert mit Klage](#), sueddeutsche.de vom 07.09.2018
13. ↑ [Die neue Reichtumsmaschine - 01.02.2012](#) jungewelt.de, letzter Zugriff am 06.03.2012
14. ↑ [Geheimhaltung - der Nährboden für PPP](#) ppp-irrweg.de, letzter Zugriff am 06.03.2012